

Stadtteilentwicklung - mehr als Wohnungsbau

Stellungnahme aus der Evangelischen Kirche und dem Diakonischen Werk Hamburg

Aus der Mitarbeit unserer Kirchengemeinden und diakonischen Einrichtungen in den Stadtteilen kennen wir die Arbeitsweise und die Strukturen des „**Rahmenprogramms integrierte Stadtteilentwicklung**“ (**RISE**). Insgesamt gesehen sind unsere Erfahrungen damit positiv. Vor allem das Sozialmonitoring liefert kontinuierlich wichtige Erkenntnisse.

Wir wünschen uns für die Zukunft die Fortführung und eine Verstärkung der Programminhalte im Sinne des Bundesprogramms „Soziale Stadt“, das primär die Lebensqualität in Stadtteilen durch Investitionen in das soziale Zusammenleben fördern will.

Im Einzelnen schlagen wir folgende Verbesserungen vor

- Die **Verfügungsfonds** sind ein wichtiges Instrument um kleine Dinge im Stadtteil voran zu bringen, die viel zur Lebensqualität beitragen können. Diese Verfügungsfonds sollten in einheitlichem Umfang und auf Dauer gestellt in möglichst vielen Stadtteilen mit Förderbedarf vorhanden sein, auch über Förderperioden hinaus. Verlässlichkeit und Perspektive sind gefragt.
- Die **Stadtteilbeiräte** sind in vielen Stadtteilen gewachsen und stellen eine wichtige Möglichkeit der Bürgerbeteiligung dar. Künftig sollten die in den Stadtteilen bereits vorhandenen Strukturen besser einbezogen werden. Neue Gremien, die nur für den Förderzeitraum eingerichtet werden sind kontraproduktiv. Wichtig ist zu klären, wie sich staatliche Bürgerbeteiligungsgremien zusammensetzen, um repräsentativ Themen vor Ort aufnehmen zu können. Bürgerbeteiligung müsste auf Dauer angelegt sein, durch bezirkliche Mittel unterstützt und klar umrissen bekommen, welche Einflussmöglichkeiten vorhanden sind und worüber letztlich die Bezirksversammlungen entscheiden.
- Die Arbeit des **Quartiersmanagements** wurde insgesamt positiv beurteilt. Allerdings bricht diese Arbeit immer dann ab, wenn die Förderung beendet ist. Bisher ist es nur sehr selten gelungen, Beteiligungsstrukturen zu hinterlassen, die selbsttragend sind. Anstelle eines befristeten Quartiersmanagements stellen wir uns auf Dauer gestellte Stadtteilbüros vor. Sie sollen Beteiligungsstrukturen aufbauen und erhalten helfen, Politikbeteiligung, Demokratie vor Ort stärken und die vielen kleinen Maßnahmen koordinieren. Diese Stadtteilbüros sollten unabhängig von Bezirksverwaltungen konstruiert sein und als wesentliches Ziel haben, aktive Bürger und Bürgerinnen zusammen zu bringen.
- Im Leitfaden der BSU für die **Community Center** wird dem sogenannten Centermanagement eine tragende Rolle für die bürgernahe Gestaltung eingeräumt. So wichtig gute Bürgerhäuser für die Stadtteilentwicklung sind, die bisherige Praxis zeigt, dass sie auf Dauer nur funktionieren können, wenn sie durch eine Struktur und durch Personen zusammengehalten werden. Daher ist es unbedingt nötig, das Centermanagement unabhängig von den Einnahmesituationen der Häuser zu denken und zu finanzieren.

Abschließend wünschen wir uns, dass Stadtteilentwicklung in Hamburg weiter ein wichtiger, eigenständiger, verlässlicher Politikbereich ist, der aus Landesmitteln finanziert wird und nicht nur Bundesprogramme nutzt. In eine Stadtteilentwicklung, die mehr als Wohnungsbau ist, müsste die kommunale Wirtschaft einbezogen werden. Stadtteilentwicklung kann nicht die Probleme einer sozial gespaltenen Stadt lösen. Sie kann aber in den Quartieren viel Gutes bewirken. Daran wollen wir uns als Kirchengemeinden und diakonischen Einrichtungen nach Möglichkeit gerne beteiligen.

Hamburg, den 13.2.2015